Stadtvertretung
der Landeshauptstadt
Schwerin

Datum:	2010-05-17

Antragsteller:	Fraktionen/Stadtvertreter/ Ortsbeiräte
Bearbeiter:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Simone Rudloff
Telefon:	545 2970

Antrag
Drucksache Nr.

00438/2010

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Forderung einer nachhaltigen und verbindlichen Standortausweisung zur langfristigen Unterbringung Schweriner Wohnungsloser bis September 2010

Beschlussvorschlag

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, der Stadtvertretung bis September 2010 verbindlich einen geeigneten Standort zur langfristigen Nutzung einer Wohnungslosenunterkunft vorzulegen.

Begründung

Bereits mit Antrag vom 25. Januar 2010 hat die BÜNDNISGRÜNE Stadtfraktion die Verwaltung beauftragt, rechtzeitig eine alternative Standortausweisung zur Wohnungslosenunterkunft für den Monat Juli 2010 auszuweisen, da der bestehende Vertrag für die Wohnungslosenunterkunft in der Anne Frank-Straße 51 ab dem 30.06. 2010 ausläuft.

Die von der Verwaltung favorisierte Beschlussvorlage, die Wohnungslosenunterkunft in die Anne-Frank-Straße 31(ehemaliges Kita-Gebäude) zu verlegen, ist gescheitert.
Als nachteilig und undurchdacht erwies sich in diesem Zusammenhang der Verwaltungsvorschlag, in das ehemalige Kita-Gebäude 250.000 EURO für eine Teilsanierung zu investieren, da mittelfristige Planungen für dieses Gebäude einen Abriss in den nächsten drei bis fünf Jahren vorsehen. Auf dem Gebiet der jetzigen Anne-Frank-Straße soll entsprechend städtebaulicher Planungen ein einheitliches Areal für Wohnneubebauung entstehen.

In der Sitzung des Hauptausschusse am 11. Mai 2010 verwies die Oberbürgermeisterin alternativ auf eine so genannte Container-Lösung für einen Zeitraum von 10 Jahren mit verbundenen Kosten von ca. eine Mio. EUR.

Diese Variante lehnen wir als BÜNDNISGRÜNE ab, da mit den genannten Mittel in Höhe von eine Mio. EUR oder weniger ein Neubau finanziert werden könnte, der eine Lösung für die Unterbringung von ca. 40 dauerhaften Wohnungslosen in unserer Stadt für mehrere Jahrzehnte mit sich bringen könnte.

Gleichwohl fordern wir von der Verwaltung nochmals eine intensive Prüfung über Möglichkeiten zur langfristigen Unterbringung entsprechend den zur Verfügung stehenden Gebäuden der WGS ein.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Manfred Strauß
Fraktionsvorsitzender